

679070-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen – Sanierung Carl-Orff-Gymnasium Unterschleißheim - Planung der Technischen Ausrüstung, Anlagengruppen 1, 2, 3 und 8, Leistungsphasen 2-3 und 5-9 gemäß §§ 53 ff. HOAI OJ S 191/2026 02/10/2026

**Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen**

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Zweckverband Staatliche weiterführende Schulen in Unterschleißheim

E-Mail: jschmid@ush.bayern.de

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Bildung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Sanierung Carl-Orff-Gymnasium Unterschleißheim - Planung der Technischen Ausrüstung, Anlagengruppen 1, 2, 3 und 8, Leistungsphasen 2-3 und 5-9 gemäß §§ 53 ff. HOAI

Beschreibung: Der Zweckverband Staatliche weiterführende Schulen in Unterschleißheim beabsichtigt die abschnittsweise Sanierung und Umstrukturierung von Teilbereichen des Carl-Orff-Gymnasiums in Unterschleißheim. Die von der bestehenden Baugenehmigung erfassten offenen Lernlandschaften umfassen eine Fläche von insgesamt bis zu 400 m². Im Rahmen der weiteren Projektvorbereitung wurde jedoch festgestellt, dass darüber hinaus Sanierungsbedarf in angrenzenden Unterrichts-, Flur-, Erschließungs- und Nebenflächen besteht. Zusätzlich sind die erforderlichen brandschutztechnischen und gebäudetechnischen Anpassungen zu berücksichtigen. Nach derzeitigem Kenntnisstand wird daher von einer insgesamt betroffenen Sanierungsfläche von ca. 800 bis 1.000 m² ausgegangen. Die abschließende Abgrenzung und Ermittlung der Sanierungsfläche sowie die Konkretisierung des Maßnahmenumfangs sollen im Rahmen der Vor- und Entwurfsplanung erfolgen. Die bauliche Umsetzung soll abschnittsweise und im laufenden Schulbetrieb erfolgen. Nach aktuellem Stand ist folgende Gliederung vorgesehen: - BA 1: 1. Obergeschoss, - BA 2: Erdgeschoss, Teilbereich 1, - BA 3: Erdgeschoss, Teilbereich 2. Die räumliche Abgrenzung, Zusammensetzung und Reihenfolge der Bauabschnitte sind im Rahmen der weiteren Planung zu überprüfen und fortzuschreiben. Änderungen können sich insbesondere aus dem Planungsergebnis, den Anforderungen des laufenden Schulbetriebs, dem erforderlichen Bauablauf sowie aus förderrechtlichen Rahmenbedingungen ergeben. Für die Maßnahme werden Kosten (KG 300+400, Stand August 2026) in Höhe von ca. 5,50 Mio. € brutto geschätzt. Nach derzeitigem Planungsstand sind folgende Projektmeilensteine vorgesehen: - Beginn der Planungsleistungen: März 2027, - Beginn der baulichen Umsetzung: Februar 2028, - Voraussichtliche Fertigstellung: Februar 2030. Die genannten Termine stellen den derzeit vorgesehenen Rahmenterminplan dar und sind im Zuge der weiteren Planung, insbesondere unter Berücksichtigung der Bauabschnittsbildung und des laufenden Schulbetriebs, zu konkretisieren. Es ist beabsichtigt mit dieser Ausschreibung folgende Leistungen (stufen- und bauabschnittsweise) zu beauftragen: Planung der Technischen Ausrüstung, Anlagengruppen 1, 2, 3 und 8,

Leistungsphasen 2-3 und 5-9 gemäß §§ 53 ff. HOAI. Zunächst wird in der 1. Beauftragungsstufe die Leistungsphase 2 gemäß § 55 HOAI über alle Bauabschnitte beauftragt. Die Leistungsphasen 3 und 5-9 werden stufen- und bauabschnittsweise abgerufen. Ein Rechtsspruch auf Gesamtbeauftragung besteht nicht.
Kennung des Verfahrens: 0d1c83cd-d4c1-4340-a19c-eeceea2ed335
Interne Kennung: HLS
Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren
Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen
Haupteinstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen
Zusätzliche Einstufung (cpv): 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Münchner Ring 16
Stadt: Unterschleißheim
Postleitzahl: 85716
Land, Gliederung (NUTS): München, Landkreis (DE21H)
Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

Anzuwendende grenzübergreifende Rechtsvorschrift: -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung
Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten Verpflichtungen: Ausschlussgründe (namentlich §§ 123, 124 GWB [= Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung], § 19 Abs. 1 Mindestlohngesetz, § 21 Abs. 1 Arbeitnehmerentsendegesetz, § 98c Abs. 1 Aufenthaltsgesetz, § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz und § 22 Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz) werden dem deutschen Recht entsprechend geprüft.

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Sanierung Carl-Orff-Gymnasium Unterschleißheim - Planung der Technischen Ausrüstung, Anlagengruppen 1, 2, 3 und 8, Leistungsphasen 2-3 und 5-9 gemäß §§ 53 ff. HOAI

Beschreibung: Der Zweckverband Staatliche weiterführende Schulen in Unterschleißheim beabsichtigt die abschnittsweise Sanierung und Umstrukturierung von Teilbereichen des Carl-Orff-Gymnasiums in Unterschleißheim. Die von der bestehenden Baugenehmigung erfassten offenen Lernlandschaften umfassen eine Fläche von insgesamt bis zu 400 m². Im Rahmen der weiteren Projektvorbereitung wurde jedoch festgestellt, dass darüber hinaus Sanierungsbedarf in angrenzenden Unterrichts-, Flur-, Erschließungs- und Nebenflächen besteht. Zusätzlich sind die erforderlichen brandschutztechnischen und gebäudetechnischen Anpassungen zu

berücksichtigen. Nach derzeitigem Kenntnisstand wird daher von einer insgesamt betroffenen Sanierungsfläche von ca. 800 bis 1.000 m² ausgegangen. Die abschließende Abgrenzung und Ermittlung der Sanierungsfläche sowie die Konkretisierung des Maßnahmenumfangs sollen im Rahmen der Vor- und Entwurfsplanung erfolgen. Die bauliche Umsetzung soll abschnittsweise und im laufenden Schulbetrieb erfolgen. Nach aktuellem Stand ist folgende Gliederung vorgesehen: - BA 1: 1. Obergeschoss, - BA 2: Erdgeschoss, Teilbereich 1, - BA 3: Erdgeschoss, Teilbereich 2. Die räumliche Abgrenzung, Zusammensetzung und Reihenfolge der Bauabschnitte sind im Rahmen der weiteren Planung zu überprüfen und fortzuschreiben. Änderungen können sich insbesondere aus dem Planungsergebnis, den Anforderungen des laufenden Schulbetriebs, dem erforderlichen Bauablauf sowie aus förderrechtlichen Rahmenbedingungen ergeben. Für die Maßnahme werden Kosten (KG 300+400, Stand August 2026) in Höhe von ca. 5,50 Mio. € brutto geschätzt. Nach derzeitigem Planungsstand sind folgende Projektmeilensteine vorgesehen: - Beginn der Planungsleistungen: März 2027, - Beginn der baulichen Umsetzung: Februar 2028, - Voraussichtliche Fertigstellung: Februar 2030. Die genannten Termine stellen den derzeit vorgesehenen Rahmenterminplan dar und sind im Zuge der weiteren Planung, insbesondere unter Berücksichtigung der Bauabschnittsbildung und des laufenden Schulbetriebs, zu konkretisieren. Es ist beabsichtigt mit dieser Ausschreibung folgende Leistungen (stufen- und bauabschnittsweise) zu beauftragen: Planung der Technischen Ausrüstung, Anlagengruppen 1, 2, 3 und 8, Leistungsphasen 2-3 und 5-9 gemäß §§ 53 ff. HOAI. Zunächst wird in der 1. Beauftragungsstufe die Leistungsphase 2 gemäß § 55 HOAI über alle Bauabschnitte beauftragt. Die Leistungsphasen 3 und 5-9 werden stufen- und bauabschnittsweise abgerufen. Ein Rechtsspruch auf Gesamtbeauftragung besteht nicht.
Interne Kennung: HLS

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Stufenweise Beauftragung gem. Vertragsentwurf je Bauabschnitt: — Beauftragungsstufe 2 über alle Bauabschnitte: Leistungsphase 3 gemäß § 55 HOAI, — Beauftragungsstufe 3 je Bauabschnitt: Leistungsphasen 5-7 gemäß § 55 HOAI, — Beauftragungsstufe 4 je Bauabschnitt: Leistungsphasen 8+9 gemäß § 55 HOAI. Die Planungsleistungen werden stufenweise beauftragt, soweit erwartete Fördermittel für die jeweilige Stufe bewilligt werden, soweit die Finanzierung gesichert ist und soweit keine schwerwiegenden Gründe gegen eine Weiterbeauftragung vorliegen. Hierbei handelt es sich um solche Gründe, die im Falle einer bereits erfolgten Beauftragung den Auftraggeber zu einer außerordentlichen Kündigung berechtigen würden.

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Münchner Ring 16

Stadt: Unterschleißheim

Postleitzahl: 85716

Land, Gliederung (NUTS): München, Landkreis (DE21H)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 02/03/2027

Enddatum der Laufzeit: 28/02/2030

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance# #Besonders auch

geeignet für:other-sme# Der Auftraggeber bzw. dessen Verfahrensbetreuer korrespondiert

ausschließlich über die Vergabeplattform. Bewerbungen sind ausschließlich unter

Verwendung der Formblätter für den Teilnahmewettbewerb (Vergabeunterlage B) möglich. Bei

Bewerbergemeinschaften ist der Bewerbungsbogen von jedem Mitglied auszufüllen. Die

benannten Termine für die Laufzeit des Vertrags beziehen sich auf den geplanten

Beauftragungszeitpunkt (Beginn) und die geplante Nutzungsaufnahme der Gesamtmaßnahme

(Ende). Die Leistungszeit der Mängelbeseitigung, Restabwicklung und Abrechnung der

Maßnahme, Erstellung/Übergabe einer vollständigen Dokumentation der erbrachten

Planungsleistungen (inkl. Abnahme der Planungsleistungen) sowie die Leistungszeit der

kompletten Lph. 9 können zum derzeitigen Zeitpunkt noch nicht exakt angegeben werden,

sind daher im genannten Zeitraum nicht enthalten und müssen hinsichtlich der tatsächlichen

Laufzeit des Vertrages noch dazugerechnet werden. Je Bewerber ist nur ein Teilnahmeantrag,

je Bieter nur ein Angebot zulässig. Mehrfachbewerbungen bzw. -angebote führen zum

Ausschluss vom Verfahren. Als Mehrfachbewerbungen/-angebote gelten auch mehrere

Bewerbungen/Angebote von Einzelpersonen innerhalb verschiedener

Bewerbergemeinschaften. Bewerber bzw. Bieter übermitteln ihre Teilnahmeanträge bzw.

Angebote in Textform nach § 126b des Bürgerlichen Gesetzbuchs ausschließlich mithilfe

elektronischer Mittel gemäß § 10 VgV über die genannte Vergabeplattform. Der Bewerber

/Bieter trägt das Risiko der fristgerechten Übermittlung seines Teilnahmeantrags/Angebots.

Zusätzliche bzw. ergänzende Angebotsunterlagen werden nicht berücksichtigt. Die

Vergabeunterlagen stehen auf der in dieser Bekanntmachung genannten Vergabeplattform

zum Download zur Verfügung. Fragen und Anmerkungen zu den Vergabeunterlagen sind über

die Kommunikationsebene der in dieser Bekanntmachung genannten Vergabeplattform zu

richten. Verbindliche Stellungnahmen werden als Erläuterungen, Konkretisierungen oder

Änderungen zu den Vergabeunterlagen auf der Vergabeplattform bis 6 Kalendertage vor

Ablauf der Angebotsfrist veröffentlicht. Die Bewerber sind verpflichtet, sich bis 6 Kalendertage

vor Ablauf der Angebotsfrist auf der in dieser Bekanntmachung genannten Vergabeplattform

/Homepage zu informieren, ob sich Erläuterungen, Konkretisierungen oder Änderungen in den

Vergabeunterlagen ergeben haben. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sich die

Notwendigkeit ergeben kann, die Angebotsfrist auch noch innerhalb dieser 6 Kalendertage zu

verschieben. In einem solchen Fall wird unverzüglich ebenfalls über die Vergabeplattform

informiert. Es besteht die Möglichkeit der freiwilligen Registrierung auf der in dieser

Bekanntmachung genannten Vergabeplattform. Die Bewerber/Bieter, die sich freiwillig

registrieren, werden über die verbindlichen Stellungnahmen auf die eingereichten Fragen und

Anmerkungen per E-Mail informiert. Bei Bewerbergemeinschaften sind neben der

Eigenerklärung auch die weiteren geforderten Erklärungen von jedem Mitglied gesondert zu

erbringen. Der Auftraggeber behält sich vor, fehlende oder unvollständige Unterlagen gemäß

§ 56 VgV nachzufordern, erläutern oder vervollständigen zu lassen. Fehlerhafte Unterlagen

werden nicht nachgefordert. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen

und ist die Bewerberanzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zugrunde

gelegten Kriterien zu hoch, behält sich der Auftraggeber vor, die Auswahl unter den verbleibenden Bewerbern gemäß § 75 Abs. 6 VgV durch Los zu treffen.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Die Eignung der Bewerber im Hinblick auf die Berufsausübung wird zunächst unter Bezugnahme auf § 44 VgV auf Basis der folgenden Kriterien geprüft, bewertet bzw. beurteilt: 1.) Basisinformation zum Unternehmen des Bewerbers (Name, Sitz, Gründungsjahr, Kontaktdaten) bzw. – soweit zutreffend – zu den an der Bewerbergemeinschaft beteiligten Unternehmen (Name, Sitz, Gründungsjahr, Kontaktdaten, Leistungsanteil). 2.) Eigenerklärung (soweit zutreffend) der Bewerbergemeinschaftsmitglieder zur gesamtschuldnerischen Haftung und Benennung desjenigen, der die Bewerbergemeinschaft vertritt. Nachweis der Vertretungsmacht auf Anforderung. 3.) Eigenerklärung, dass ein Nachweis über die Berechtigung des vorgesehenen Entwurfsverfassers, die Berufsbezeichnung Ingenieur:in zu tragen oder in Deutschland entsprechend tätig zu werden (§ 75 Abs. 2 VgV) vorliegt. Der Auftraggeber behält sich vor, den entsprechenden Qualifikationsnachweis vor der Zuschlagserteilung nachzufordern. 4.) Erklärung zu wirtschaftlichen Verknüpfungen mit anderen Unternehmen. 5.) Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 123 GWB. 6.) Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 124 GWB. 7.) Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 19 Abs. 1 Mindestlohngesetz, § 21 Abs. 1 Arbeitnehmerentsendegesetz, § 98c Abs. 1 Aufenthaltsgesetz, § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz und § 22 Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz. 8.) Erklärung zur Einhaltung der ILO Kernarbeitsnormen. 9.) Für ausländische Unternehmen in Bezug auf die vorstehenden Punkte 5.) bis 8.): Erklärung, dass keine Ausschlussgründe vorliegen, die nach den Rechtsvorschriften des jeweiligen Landes mit den vorgenannten gesetzlichen Anforderungen vergleichbar sind. 10.) Erklärung zum Russlandbezug des Bewerbers / der Bewerbergemeinschaft sowie von Unterauftragnehmern, Lieferanten oder eignungsverleihenden Unternehmen. 11.) Erklärung über eine eventuelle Weitergabe von Auftragsteilen an andere Unternehmen (§ 46 Abs. 3 Nr. 10 VgV). Will sich der Bewerber bei der Erfüllung des Auftrages der Leistungen anderer Unternehmen bedienen, so hat er die Weitergabe von Auftragsteilen verpflichtend anzugeben. Eine Benennung der Nachunternehmer erfolgt im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs unter Verweis auf § 36 Abs. 1. S. 1 VgV freiwillig. Eine entsprechende Verpflichtungserklärung ist auf Anforderung nachzureichen. 12.) Beabsichtigt der Bewerber im Hinblick auf die Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch zu nehmen (Eignungsleihe gemäß § 47 VgV), so hat er diese zu benennen und für sie mit der Bewerbung einen eigenen Bewerbungsbogen abzugeben. Der Bewerber muss mit der Bewerbung nachweisen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden, indem er eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieser Unternehmen vorlegt. Nimmt der Bewerber im Rahmen einer Eignungsleihe die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch, müssen diese Unternehmen in dem Umfang, in dem ihre Kapazitäten in Anspruch genommen werden, gemeinsam für die Auftragsdurchführung haften. Eine entsprechende Haftungserklärung ist auf Anforderung nachzureichen.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Eignungskriteriums: Die Eignung der Bewerber im Hinblick auf die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit wird zunächst unter Bezugnahme auf § 45 VgV auf Basis der folgenden Kriterien geprüft, bewertet bzw. beurteilt: Eigenerklärung zu einer Berufshaftpflichtversicherungsdeckung in Höhe von 1,5 Mio. EUR für Personenschäden und 1,0 Mio. EUR für sonstige Schäden im Fall der Zuschlagserteilung. Die Versicherung muss für die gesamte Vertragszeit unterhalten werden. Der Auftraggeber behält sich vor, den entsprechenden Nachweis für die Berufshaftpflichtversicherung vor der Zuschlagserteilung nachzufordern.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Die Eignung der Bewerber im Hinblick auf die technische und berufliche Leistungsfähigkeit wird zunächst unter Bezugnahme auf § 46 VgV auf Basis der folgenden Kriterien geprüft, bewertet bzw. beurteilt: Eignungsprüfung gemäß § 46 Abs. 3 Satz 1 VgV: Anhand einer Liste der wesentlichen in den letzten 3 Jahren (2023-2025) erbrachten Leistungen wird die prinzipielle Eignung des Bewerbers geprüft. Bei dieser Liste ist je erbrachter Leistung die Angabe des Rechnungswertes (brutto, Kgr. 410+420+430 DIN 276), der Leistungszeit sowie der öffentlichen oder privaten Auftraggeber der Dienstleistungen zu machen. Als prinzipiell geeignet werden Bewerber eingestuft, wenn Sie anhand der zu erstellenden Liste nachweisen können, dass aktuelle Erfahrungswerte bei der Erbringung vergleichbar komplexer Maßnahmen vorliegen.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Durchschnittlicher Jahresumsatz

Beschreibung des Eignungskriteriums: In einem zweiten Wertungsschritt werden zur Begrenzung der Zahl der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Bewerber nach § 51 Abs. 1 VgV folgende objektive Wertungskriterien herangezogen: 1. Erklärung über den durchschnittlichen Umsatz netto des Bewerbers für die auszuschreibenden Leistungen in den letzten 3 Jahren von 2023 bis 2025 (§ 45 Abs. 1 Nr. 1 VgV) - Wichtung 5 %. Die zu vergebenden Punkte werden wie folgt aufgeteilt: - Jahresmittel ≥ 200.000 EUR/a (5 Punkte), - Jahresmittel < 200.000 EUR/a und ≥ 100.000 EUR/a (2,5 Punkte), - Jahresmittel < 100.000 EUR/a (0 Punkte).

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 5,00

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Eignungskriteriums: In einem zweiten Wertungsschritt werden zur Begrenzung der Zahl der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Bewerber nach § 51 Abs. 1 VgV folgende objektive Wertungskriterien herangezogen: 2. Angabe der Beschäftigten der letzten drei Jahre von 2023 bis 2025 für die auszuschreibenden Leistungen in Bezug auf technisch ausgerichtete Aufgabenbereiche (in Anlehnung an § 46 Abs. 3 Nr. 8 VgV) - Wichtung 5 %. Die zu vergebenden Punkte für technische Mitarbeitende (Ingenieure /Architekten, staatlich geprüfte Techniker, Meister u. ä.) werden wie folgt abgestuft: - durchschnittlich ≥ 3 Technische Mitarbeiter (5 Punkte), - durchschnittlich < 3 Technische Mitarbeiter (0 Punkte).

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 5,00

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: In einem zweiten Wertungsschritt werden zur Begrenzung der Zahl der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Bewerber nach § 51 Abs. 1 VgV folgende objektive Wertungskriterien herangezogen: 3. Darstellung von maximal 3 Referenzprojekten aus den letzten 5 Jahren von 2021 bis zum Zeitpunkt des Schlusstermins für den Eingang der Teilnahmeanträge, aus der die Erfahrung des Bewerbers bei Projekten mit vergleichbaren Anforderungen hervorgeht. - Wichtung 90 %. Referenzprojekte die vor 2021 in Betrieb genommen wurden, werden bei der Wertung nicht berücksichtigt. Für die Maximalpunktzahl sollten für alle Referenzprojekte folgende Anforderungen erfüllt sein: — Bei dem Referenzprojekt handelt es sich um eine Sanierungsmaßnahme. → wenn ja, werden 5 Punkte vergeben; wenn nein, werden 0 Punkte vergeben. — Durch den Bewerber wurden die Anlagengruppen 1, 2 und 3 (gem. § 53 HOAI) erbracht. → maximal 5 Punkte anteilig; bei geringeren Anlagengruppen wird Punktezah linear interpoliert. — Das Referenzprojekt ist vergleichbarer Größenordnung: Kosten Kgr. 410+420+430 ≥ 500.000 € brutto. → maximal 5 Punkte anteilig; bei geringerer Größenordnung wird Punktezah linear interpoliert. — Durch den Bewerber wurden die Leistungsphasen 2-3 und 5-8 gemäß § 55 HOAI erbracht. → maximal 5 Punkte anteilig; bei geringerem Leistungsumfang wird Punktezah linear interpoliert. — Das Referenzprojekt befindet sich in Leistungsphase 8 oder das Projekt ist abgeschlossen. → wenn ja, werden 5 Punkte vergeben; wenn nein, werden 0 Punkte vergeben.

Projektspezifische Kriterien: — EIN Referenzprojekt wurde unter laufendem Betrieb abgewickelt. → wenn ja, werden 5 Punkte vergeben; wenn nein, werden 0 Punkte vergeben. — EIN Referenzprojekt wurde in mindestens zwei räumlich oder zeitlich getrennten Bauabschnitten realisiert. → wenn ja, werden 5 Punkte vergeben; wenn nein, werden 0 Punkte vergeben. — Bei EINEM Referenzprojekt handelt es sich um eine brandschutztechnische Sanierung. → wenn ja, werden 5 Punkte vergeben; wenn nein, werden 0 Punkte vergeben. Es können 25 Punkte je Referenzprojekt sowie max. 15 Punkte für die projektspezifische Kriterien erreicht werden. Die maximal zu erreichende Punktzahl im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs sind 100 Punkte (max. 5 Punkte für Umsatz + max. 5 Punkte für Mitarbeiterzahl + 3 x max. 25 Punkte für Referenzprojekte + max. 15 Punkte für projektspezifische Kriterien). Die teilweise Erfüllung der vorgenannten Kriterien führt nicht zum Ausschluss, sondern zu einer entsprechend geringeren Bewertung. Eine Übersicht ist der „Vergabeunterlagen C – Kriterienkatalog“ zu entnehmen.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 90,00

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Personelle Besetzung - Gewichtung 50%
Beschreibung: Personelle Besetzung
Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)
Zuschlagskriterium — Zahl: 50

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Fachtechnische Lösungsansätze - Gewichtung 30%
Beschreibung: Fachtechnische Lösungsansätze
Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)
Zuschlagskriterium — Zahl: 30

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Honorarangebot - Gewichtung 20%
Beschreibung: Honorarangebot
Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)
Zuschlagskriterium — Zahl: 20

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch
Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://plattform.aumass.de/Veroeffentlichung/av286a58-eu>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://plattform.aumass.de/Veroeffentlichung/av286a58-eu>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich
Adresse für die Einreichung: <https://plattform.aumass.de/Veroeffentlichung/av286a58-eu>
Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch
Elektronischer Katalog: Nicht zulässig
Varianten: Nicht zulässig
Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig
Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 02/11/2026 11:00:00 (UTC+01:00)
Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Der Auftraggeber behält sich vor, fehlende oder unvollständige Unterlagen gemäß § 56 VgV nachzufordern, erläutern oder vervollständigen zu lassen.
Fehlerhafte Unterlagen werden nicht nachgefordert.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein
Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig
Aufträge werden elektronisch erteilt: nein
Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein
Von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält, anzunehmende Rechtsform: Gesamtschuldnerische haftende Bieter-/Bewerbergemeinschaft unter Benennung desjenigen, der die Bieter-/Bewerbergemeinschaft vertritt. Nachweis der Vertretungsmacht auf Anforderung.

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Südbayern der Regierung von Oberbayern

Informationen über die Überprüfungsfristen: Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: — Der Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens ist unzulässig, soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB). — Bieter und Bewerber können die Unwirksamkeit eines Vertragsschlusses feststellen lassen, wenn der öffentliche Auftraggeber gegen die Informations- und Wartepflicht aus § 134 GWB verstoßen hat oder der Auftrag rechtswidrig ohne vorherige Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union vergeben wurde. Wurde der Bewerber / Bieter ohne Vorabinformation direkt durch den öffentlichen Auftraggeber informiert oder die Auftragsvergabe im EU-Amtsblatt bekanntgemacht, muss er einen Nachprüfungsantrag innerhalb von 30 Tagen einlegen, selbst bei unterbliebener Information jedoch nicht später als 6 Monate nach Vertragsschluss (§ 135 Abs. 2, Abs. 1 GWB). Neben den vorgenannten Rechtsbehelfsfristen sind folgende Rügefristen zu beachten: — Sieht sich ein am Auftrag interessiertes Unternehmen durch die Nichtbeachtung von Vergabevorschriften in seinen Rechten verletzt, ist der Verstoß innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gegenüber dem Auftraggeber zu rügen (§ 160 Abs. 3 Nr. 1 GWB). — Verstöße, die aufgrund der Bekanntmachung oder der Vergabeunterlagen erkennbar sind, müssen spätestens bis zu der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden (§ 160 Abs. 3 Nr. 2 und 3 GWB).

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:

Zweckverband Staatliche weiterführende Schulen in Unterschleißheim

Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt: Zweckverband Staatliche weiterführende Schulen in Unterschleißheim

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Zweckverband Staatliche weiterführende Schulen in Unterschleißheim

Organisation, die Angebote bearbeitet: Zweckverband Staatliche weiterführende Schulen in Unterschleißheim

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Zweckverband Staatliche weiterführende Schulen in Unterschleißheim

Registrierungsnummer: DE XXXXX

Postanschrift: Rathausplatz 1

Stadt: Unterschleißheim

Postleitzahl: 85716

Land, Gliederung (NUTS): München, Landkreis (DE21H)

Land: Deutschland

E-Mail: jschmid@ush.bayern.de

Telefon: +49 8931009345

Internetadresse: <https://www.unterschleissheim.de/>

Profil des Erwerbers: <https://plattform.aumass.de/Veroeffentlichung/av286a58-eu>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

Organisation, die Angebote bearbeitet

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Südbayern der Regierung von Oberbayern

Registrierungsnummer: DE 811335517

Abteilung: Vergabekammer Südbayern

Postanschrift: Maximilianstraße 39

Stadt: München

Postleitzahl: 80538

Land, Gliederung (NUTS): München, Kreisfreie Stadt (DE212)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Vergabekammer Südbayern

E-Mail: vergabekammer.suedbayern@reg-ob.bayern.de

Telefon: +49 8921762411

Fax: +49 8921762847

Internetadresse: <https://www.regierung.oberbayern.bayern.de>

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 95b38fcc-76af-49c6-9fd9-5ba67a4ceaa5 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 01/10/2026 11:16:17 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 679070-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 191/2026

Datum der Veröffentlichung: 02/10/2026